

Rote Krähe

- original sozial -

Ausgabe 2/2009
Zeitung der Partei

DIE LINKE.

Krefeld

Kein Kohlekraftwerk in Uerdingen

Während die Verantwortlichen der Stadt Krefeld für diese Stadt Imagepflege unter dem Motto „Krefeld soll schöner werden“ betreiben, planen sie gleichzeitig gegen den Widerstand eines großen Teils der Bevölkerung den Bau einer „Dreckschleuder“ in Uerdingen. Gesundheitliche Bedenken der „Ärzte- und Apothekerinitiative gegen Kohlekraftwerke“ und Einwände der Naturschutzverbände werden mit fragwürdigen Argumenten beiseite gewischt.

In Krefeld wird der Bau eines Steinkohlekraftwerks mit einer Feuerungswärmeleistung von 1705 MW geplant. Zur Energieversorgung des Chemparks ist dieses Klimakiller-Kraftwerk überflüssig. Erst waren sich die großen Parteien im Stadtrat einig, dass Klima- und Gesundheitsschutz vorgehen sollte. Doch jetzt wollen sie den Interessen der Energiekonzerne den Vorrang geben und den Weg für das Kohlekraftwerk freimachen.

Manche Politiker in Krefeld träumen schon von einem Investitionsschub von über 1

Mrd. Euro, den Krefeld doch „bitte nicht aufs Spiel setzen solle“.

Wie ernst manche Krefelder Politiker die Gesundheit ihrer Wähler nehmen, sieht man an Presseerklärung des Ratsmitgliedes und MdB Bernd Scheelen.

Es wird versucht, den Bau einer „Dreckschleuder“ mit einem Ausstoß von jährlich 500 kg Cadmium, 1.000 kg Arsen, 500 kg Thallium, 2.000 kg Nickel, 600 kg Quecksilber, 6.000 kg Blei, 400.000 kg Staub zu rechtfertigen.

Die jetzt schon bestehende bundesweit höchste Belastung mit Feinstäuben in Krefeld wird erst gar nicht zur Kenntnis genommen.

In der RP-Online vom 28.5.2009 sorgt er sich um den Erhalt von Arbeitsplätzen, falls die Entscheidung des OVG Münster gegen die Inbetriebnahme des CO-

Inhalt:

Seite 2

Versuch die Kandidatenvorstellung von Basri Cakir zu verhindern gescheitert

Seite 3 - 6

Die Kurzfassung des kommunalpolitischen Wahlprogrammes

Seite 7

CDU-Fraktionschef Fabel korrupt? Helios Klinikum Krefeld

Seite 8

Bildungsstreik am 17.06.2009

Pipeline der Firma Bayer Bestand haben sollte. "Das darf nicht das letzte Wort gewesen sein. Wenn es so kommen sollte, wäre das ein schwerer Schlag für den Chempark und den Industriestandort Krefeld." Hier wird ein perfides Spiel mit den Ängsten der Bevölkerung um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze zum Nutzen der Energiekonzerne gespielt. Es wird versucht, die Gesundheit der BürgerInnen

Fortsetzung Seite 2

www.dielinke-krefeld.de

Impressum: V.i.S.d.P.:
Heidrun von der Stück
Tackheide 88
47804 Krefeld
Telefon: (02151) 446 86 64

gegen die Sicherheit von Arbeitsplätzen auszuspielen. Während die Koalition in Berlin das „Hohe Lied“ des Klimaschutzes singt, wird dieser auf regionaler Ebene mit Füßen getreten. Trianel und Bayer planen einen wahren Klima-Killer: Mit 5,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid Jahresausstoß würde das Kraftwerk deutlich mehr CO₂ ausstoßen, als heute die ganze Stadt - inklusive Verkehr und Industrie!

Der Bau eines GuD-Kraftwerkes (Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk) wird in Krefeld mit dem Hinweis auf die „Versorgungssicherheit“ abgelehnt, während dieselbe Firma Trianel in Hattingen ein GuD-Kraftwerk errichtet, das mit langfristigen Lieferverträgen für Gas abgesichert ist. Hier werden unterschwellige Ängste der Bevölkerung gegenüber anderen Nationen geschürt. Die geplanten Kohlelieferungen sollen aus Kolumbien kommen, ein Land, in dem Kinderarbeit in Bergwerken an der Tages-



ordnung ist.

Die Partei *DIE LINKE*. Krefeld hat sich schon im November 2007 mit großer Mehrheit gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerkes ausgesprochen.

Wir treten ein für eine nachhaltige Energiepolitik zur Schonung unserer weltweit endlichen Ressourcen.

Wir treten ein für eine Energiepolitik, die auch ein Leben der nachfolgenden Generationen in unserer Stadt lebenswert macht.

Die Interessen der EinwohnerInnen dieser Stadt dürfen nicht auf dem Altar der Interessen der Großkonzerne und des Kapitals geopfert werden.

Versuch die Kandidatenvorstellung von Basri Cakir zu verhindern gescheitert

In der letzte Sitzung des Ausländerbeirates der Stadt Krefeld am 27.05.2009 sollte sich Basri Cakir, gewähltes Mitglied des Ausländerbeirates, als Kandidat der Partei DIE LINKE vorstellen. Herr Brincks, Ratsherr (Krefelder Kreis) versuchte dies zu verhindern.

“Herrn Cakir kennen wir, er wird hier Wahlwerbung machen. Wenn er sich vorstellen darf, dann verlasse ich diese Sitzung.” Unterstützt wurde Herr Brincks von Frau Ritters (CDU). Beide sind Mitglieder mit beratender Stimme und vertreten ihre Fraktionen. In der vorigen Sitzung konnte sich der Oberbürgermeisterkandidat des Krefelder Kreises im Beirat vorstellen und niemand hat versucht, dies zu unterbinden. Sowohl Basri Cakir als auch die Vorsitzende des Beirates, Özkurt Atmaca sprachen sich gegen diesen Versuch aus und Herr Cakir konnte sich vorstellen. Er ging kurz auf drei aktuelle Themen ein. Das Schulproblem in Krefeld, die Zunahme sozialer Probleme und den Stop der CO-Pipeline durch das Gericht. “Das sind unsere Probleme, die wir gemeinsam angehen müssen. Das Giftgas unterscheidet nicht zwischen den Menschen,” und zu Herrn Brincks meinte Basri Cakir, “er hat wohl Angst vor den Linken.”



***DIE LINKE.KREFELD* original sozial!**

1. Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie in Krefeld!

DIE LINKE. Krefeld tritt unter diesem Namen das erste Mal zu den Kommunalwahlen an. Sie steht für solidarische, soziale, emanzipatorische und ökologische Politik sowie für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

DIE LINKE. Krefeld wird die Schwerpunkte ihrer Arbeit auf die Bereiche Kommunale Sozialpolitik, Bildungspolitik, Integration und eine konsequente Umwelt- und Energiepolitik legen. Wir werden uns stark machen für eine Demokratisierung in der Kommunalpolitik und uns mit aller Kraft gegen Privatisierungsbestrebungen einsetzen.

Das Leben in unserer Stadt verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Billiglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung. Besonders betroffen sind hiervon Kinder, alleinerziehende Frauen und Männer sowie alte Menschen, Behinderte und ein großer Teil der MigrantInnen.

Wir kämpfen darum, dass in unserer Stadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle Menschen muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Soziale Gerechtigkeit erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

Deshalb treten wir ein für:

- Arbeit, von der die Menschen leben können, bezahlbaren und komfortablen Wohnraum, Gesundheit, gute Bildung für alle, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle
- grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung des öffentlichen Eigentums
- Nein zu den Hartz - Gesetzen, und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen
- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Sicherheit und Integration für EinwanderInnen und Flüchtlinge statt Ausgrenzung
- Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen und eine gesunde warme Mahlzeit am Tag für alle Kinder und Jugendlichen
- umfassende demokratische Mitwirkung

Wir wollen soziale, lebenswerte und demokratische Städte und Gemeinden in ganz Nordrhein-Westfalen. Wir sagen gleichzeitig, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Banken, Fonds und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen in NRW und seinen Kommunen entscheidend zurückgedrängt wird und Strukturen der unmittelbaren BürgerInnenbeteiligung sowohl auf städtischer als auch auf Bezirksebene (z. B. Stadtbeiräte) geschaffen werden.

2. Für ein soziales Krefeld

Sozialpolitik wird wesentlich durch Bundesgesetze bestimmt. *DIE LINKE.* bekämpft den massiven Sozialabbau durch die von SPD und Grünen beschlossene Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und deren Fortführung unter der Großen Koalition von CDU und SPD. ***DIE LINKE. ist original sozial.*** Der Sozialabbau belastet auch die kommunale Ebene. Wir wollen, dass kommunale Sozialpolitik ihre Möglichkeiten nutzt, um so lange gegenzuhalten bis der Abbau auf Bundesebene gestoppt werden kann.

Aus diesem Selbstverständnis unseres Politikanspruches heraus leiten wir die folgenden Forderungen im Bereich der Sozialpolitik ab:

- Existenzsichernde Finanzierung aller Krefelder Sozialdienste und Sozialberatungsstellen
- Ausbau der Schuldnerberatungsstellen
- Ausbau der psychosozialen Beratung und Begleitung nach dem zweiten Buch des Sozialgesetzes (SGB)
- Ausbau der Hilfen für Alleinerziehende
- konsequente Erhöhung der Anzahl der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen (z.B. Streetworker)
- Ombudsfrauen und – männer für alle Bereiche
- Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern

- konsequenter Auf- und Ausbau des Öffentlichen Beschäftigungssektors mit existenzsichernden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen bei einem Mindestlohn von 10 €/Std.
- ein Sozialticket für den ÖPNV für alle Geringverdiener
- Einführung eines Sozialtarifes für die Versorgung mit Energie für Geringverdiener
- Übernahme der tatsächlichen Wohnungs-, Heiz- und Nebenkosten bei Leistungsempfängern nach dem SGB sowie die Absicherung einer menschenwürdigen Betreuung/Versorgung besonders von kranken, älteren und pflegebedürftigen Menschen
- Umwandlung aller 1 – Euro – Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nach tariflichen Bedingungen und einem Mindestlohn von 10 €/Std.
- Erhöhung des Satzes für angemessene Kaltmieten von Leistungsempfängern zur Vermeidung von Ghettobildung
- Schaffung von Wohnraum für Ältere, Behinderte und Menschen mit geringem Einkommen zu bezahlbaren Preisen – auch in Generationenhäuser und Wohngemeinschaften
- Weihnachtsbeihilfe für alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen
- Sofortige Einstellung der rechtswidrigen Pauschalierungsverfahren bei Heizkosten nach dem SGB
- einen Zuschuss der Stadt Krefeld zur Deckung der Personal- und Betriebskosten für das Arbeitslosenzentrum von mindestens 70.000 €

3. Integration und gleichberechtigte Teilhabe in Krefeld gestalten

DIE LINKE. Krefeld setzt sich für den gemeinsamen Kampf um Akzeptanz, Gleichberechtigung und Gleichstellung ein. Für uns gibt es keine Aufteilung der Menschen in „echte“ und zugewanderte Deutsche. Wir wollen keine Trennung in EU-BürgerInnen mit mehr Rechten als EinwohnerInnen aus anderen Ländern, die schon Jahrzehnte hier leben und arbeiten. Wir wollen eine Gesellschaft, in der rechtliche und soziale Gleichheit, kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Leitprinzipien sind. Wir wollen Solidarität und Integration statt Diskriminierung und Ausgrenzung. Deshalb fordern wir:

- die Einführung des Kommunalwahlrechts für alle MigrantInnen
- die Ersetzung des Ausländerbeirates durch einen Integrationsausschuss; gleichgestellt und stimmberechtigt wie andere Ratsausschüsse
- die Schaffung eines kommunalen Amtes für Migration und Integration
- die Durchführung kommunaler Integrationskonferenzen
- die Erstellung eines kommunalen Konzepts für Integration und Gleichstellung
- die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung
- ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, das der Abschottung und sozialkulturell bedingter Ghettobildung entgegenwirkt
- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit
- zusätzliche Förderangebote für Kinder aus Migrantenfamilien in Kitas und Schulen. Darunter fällt insbesondere die Förderung der Herkunftssprache, Förderung antirassistischer Arbeit an den Schulen
- eine humane Flüchtlingspolitik, hierzu gehört die Abschaffung bestehender Sammelunterkünfte, die Stärkung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission, Sicherstellung der schulischen Ausbildung und der medizinischen Versorgung, Verbesserung der Betreuung und Bleiberecht traumatisierter Flüchtlinge und Opfer von Frauenhandel
- den Beitritt der Stadt Krefeld zum europäischen „Netzwerk Städte für Menschenrechte“
- Schaffung eines helfenden Netzwerks für Menschen ohne Papiere
- Beitritt zum bundesdeutschen „Netzwerk Kinder ohne Aufenthalt“

4. Starke, freie, selbstbewusste Kinder – Bildung: ein universelles Menschenrecht!

DIE LINKE. will, dass jedem Menschen in unserer Gesellschaft der Zugang zu Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ermöglicht wird. Bildung muss den Anforderungen der sich rasant verändernden Gesellschaft entsprechen. Sie muss zum Ziel haben, Menschen in die Lage zu versetzen, selbstbestimmt, mitbestimmend, solidarisch ihren Platz in dieser Gesellschaft, in Krefeld wie auch in NRW und der Bundesrepublik zu finden. Bildung muss jedem Kind ermöglichen, sich seinen eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend zu entwickeln und entfalten. Darum muss Bildung jedem Kind in unserer Gesellschaft gleichermaßen zugänglich sein, unentgeltlich und unab-

hängig vom Einkommen der Eltern. .

Bildung ist zwar Ländersache, aber die Kommune hat Handlungsspielräume, die genutzt werden müssen.

4.1 DIE LINKE. Krefeld tritt darum in der Elementarbildung ein für:

- einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Krefelder Kind von Anfang an
- den erforderlichen Ausbau von Kita-Plätzen, die gebührenfrei sind und in altersgemischten Kleingruppen eine Bildung von Anfang an sicherstellen; dies schließt ein gesundes, kostenloses Mittagessen ein
- bedarfsgerechte und wohnortnahe Plätze für alle Kinder, die den Zusammenhalt fördern; wir sind gegen Zugangsbeschränkungen
- Betreuungs- und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen
- eine kommunale Einstellungspolitik, welche die Qualifikation der ErzieherInnen anhebt
- die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels in Krefeld über den KiBiZ (Kinderbildungsgesetz)-Schlüssel hinaus
- kommunale Verantwortung für Elterneinrichtungen, indem den Krefelder Einrichtungen bei den durch KiBiZ anfallenden Verwaltungsaufgaben geholfen wird und ihnen Personal in Engpässen aus dem kommunalen Vertretungspool zur Verfügung gestellt wird
- die Pflicht Krefelder Behörden, die Eltern über die Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung zu informieren
- die Möglichkeit aller Krefelder Kinder, spätestens im letzten Jahr vor der Einschulung eine Elementareinrichtung zu besuchen

4.2 Schulpolitik – Aufgabe und Möglichkeiten der Kommune

DIE LINKE. in Krefeld will das Schulsystem verbessern. Trotz Widerstands der Landesregierung gegen längeres gemeinsames Lernen gibt es kommunale Möglichkeiten, die „Eine Schule für Alle“ über die kommunale Schulentwicklungsplanung zu erreichen. Die Kommune Krefeld hat weitgehende Handlungsspielräume, die unabhängig von der Landesregierung sind: „Die Gemeinden als Schulträger organisieren das örtliche Schulangebot in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. Im Rahmen der Vorgaben des Schulgesetzes sind sie berechtigt, Schulen zu errichten, fortzuführen, zu ändern und aufzulösen“ (Schulgesetz NRW).

Wir treten ein für:

- die Wiedereinführung der Wohnortbindung für GrundschülerInnen
- jahrgangsübergreifendes Lernen in der Grundschule und den weiterführenden Schulen
- einen Platz an einer Gesamtschule für jedes Kind, das dies wünscht
- Errichtung von Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen
- kostenlose Schulbücher für alle Kinder
- Erstattung der Klassenreisenkosten für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen
- eine Einschulungsbeihilfe für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen
- Abschaffung des „Sitzenbleibens“
- sofortige Abschaffung der Kopfnoten
- die Einrichtung von Oberstufenzentren, in denen die bestehenden gymnasialen Oberstufen zusammengefasst werden, um SchülerInnen ein breit gefächertes Angebot an Wahlmöglichkeiten von Grund- und Leistungskursen zu gewährleisten
- Förderung der musischen Bildung

4.3 Migrantenkinder

gehören zu den besonders benachteiligten Kindern in unserem Land, sie brauchen eine besondere Förderung.

DIE LINKE. Krefeld setzt sich deshalb ein für

- den Ausbau des Muttersprachlichen Unterrichts
- Fortbildung der LehrerInnen mit den Fächern Deutsch als Zweitsprache bzw. Deutsch als Fremdsprache
- Unterstützung durch die RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte) oder die Schulverwaltung bei der Organisation von Muttersprachlichem Unterricht und seiner Einbeziehung in den Unterrichtstag an allen Schulen
- Vereinbarung zwischen der Schulverwaltung und den Schulen über die höchstmögliche Förderung der Migrantenkinder
- Bildungsberatung für Migranteltern mit dem Ziel, ihnen alle Perspektiven für ihre Kinder zu eröffnen

4.4 Die Kommune als Träger von Ausbildung

hat eine besondere Verpflichtung der jungen Generation gegenüber. Sie bildet meist in Verwaltungsberufen aus, aber sie beschäftigt darüber hinaus Menschen in vielen anderen Berufen. Daher soll die Stadt Krefeld Ausbildungsplätze in allen beruflichen Bereichen schaffen, in denen sie ebenfalls Beschäftigung anbietet.

Nach Auffassung der *LINKEN*. hat die Stadt Krefeld einen besonderen Auftrag und eine besondere Verantwortung gegenüber den Jugendlichen, die hier leben. Deshalb muss die Stadt Krefeld bereits in ihrer Schulpolitik alle Anstrengungen zur Erhöhung der Schulabschlüsse der SchülerInnen unternehmen.

Daher tritt *DIE LINKE*. Krefeld dafür ein:

- dass die Stadt Krefeld weit über den eigenen Bedarf hinaus ausbildet und dabei auch solche BewerberInnen zwingend berücksichtigt, die auf dem sog. freien Ausbildungsmarkt eher schlechte Chancen haben. Die städtischen Beschäftigten sollten mindestens die Sozialstruktur Krefelds abbilden, die dem Anteil der Förderschul-AbsolventInnen und MigrantInnen entspricht

5. Konsequente Umwelt- und Energiepolitik für Krefeld

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz hin überprüft werden. *DIE LINKE*. unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen auf allen Gebieten. Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. *DIE LINKE*. Krefeld tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder dagegen schützen können.

DIE LINKE. Krefeld tritt deshalb ein für:

- den Stopp des Neubaus des Steinkohlkraftwerks im Chempark Uerdingen, stattdessen den Bau eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes
- ein Verbot des Weiterbaus und der Inbetriebnahme der CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld
- Verhinderung der Trassenführung des Eisernen Rheins mitten durch Krefeld und für eine Trassenführung entlang der A40 durch dünn besiedelte Gebiete
- ökologisch nachhaltigen Lärmschutz entlang des Ausbaus der A57 im Bereich Oppum, Bockum, Gartenstadt und Elfrath
- die Umstellung auf ökologische Nahrungsmittel in allen öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindertagesstätten
- Anschluss an das Programm „fiftyfiftyplus“
- Förderung energiesparender Baumaßnahmen beim Altbaubestand
- Energiesparpläne bei allen öffentlichen Einrichtungen und Einführung von Leitlinien für alle Behörden, die den Belangen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes verbindlich Rechnung tragen
- das Verbot von Zementwerken im Krefelder Hafen

6. Mit der Partei *DIE LINKE*. für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in Krefeld!

Die Erfolge der Partei *DIE LINKE*. haben dazu geführt, dass das Thema soziale Gerechtigkeit in der Öffentlichkeit und bei den etablierten Parteien überhaupt erst wieder aufgenommen worden und diskutiert worden ist. Bei der Kommunalwahl bietet sich auch in Krefeld die Chance, die schwarz-gelbe Koalition zu überwinden und der Stadt eine soziale Prägung zu geben.

In unserem programmatischen Eckpunkten formulieren wir den Anspruch, gemeinsam dafür zu streiten, „dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“. Diesen Auftrag werden wir auch in der kommunalen Arbeit im Auge behalten. Die Politik der Selbstbestimmung und des Widerstands gegen den radikalen Demokratieabbau ist bunt und radikal, mitunter auch voller Widersprüche, sie ist nicht glatt und technokratisch, sie ist Leben. Links schlägt nicht nur das Herz.

Links ist die Zukunft.

CDU-Fraktionschef Fabel korrupt?

Winfried Fabel, Fraktionsvorsitzender der Krefelder CDU steht in Zusammenhang mit der LEG-Korruptionsaffäre ab dem 26.06.2009 vor dem Landgericht Düsseldorf. Fabel ist angeklagt wegen Abgeordnetenbestechung und Anstiftung zur Bestechlichkeit und Untreue.

Er soll zusammen mit dem ehemaligen Krefelder Baudezernenten Klaus Lorenz (SPD) im Hauptausschuss des Krefelder Rates dafür gesorgt haben, dass der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) vor zehn Jahren 1,3 Millionen DM Abwassergebühren erlassen worden sind. 2001 zahlte die LEG jeweils 260.000 DM an die Krefelder Pinguine und an einen SPD-nahen Dortmunder Verein zur Jugendförderung. Die Staatsanwaltschaft sieht diese Zahlungen als Gegenleistung an für die Reduzierung der Gebühren der LEG. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf hat daran „keinen ernsthaften Zweifel“, wie die WZ am 13.02.2009 berich-

tete. (www.wz-newsline.de/?redid=435675)

Oberbürgermeister Gregor Kathstedes Reaktion auf die Anklage im Februar „Das ist eine Katastrophe.“ Wir sehen das ähnlich: Winfried Fabel ist eine Katastrophe für Krefeld!

Fabel wird vertreten vom Frankfurter Rechtsanwalt Hanns Feigen, der auch den Steuerhinterzieher Klaus Zumwinkel verteidigte.

Im Falle seiner Verurteilung drohen dem langjährigen CDU-Spitzenpolitiker ein bis fünf Jahre Haft und der Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts. Dann wären die Krefelderinnen und Krefelder ihn endlich los. Den Mann, der schon etliche Male durch dubiose Geschäfte als Kommunalpolitiker aufgefallen ist. Wir erinnern uns z.B. an die Affäre um das Krefelder Stadtbad. Fabels Schulfreund Wolfgang Theisen wollte aus dem historischen Jugendstilbad ein Einkaufszentrum machen. Theisen wurde bei der

städtischen Investorensuche bevorzugt. Nur die Aktivitäten der Krefelder Bevölkerung stoppten Fabels Kumpel.

Dem CDU-Fürsten droht ein weiteres Verfahren. Im Februar 2009 bestätigte ein Sprecher der Wuppertaler Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Korruption der WZ, ihr seien „Erkenntnisse vom Landeskriminalamt unterbreitet worden, die zur Zeit auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft werden.“ Die WZ berichtete damals, nach ihren Informationen gehe es um dubiose Immobiliengeschäfte.

Interessante Infos zur kommunalpolitischen Vergangenheit W. Fabels in den 1990er Jahren gibt es unter: www.dkp-krefeld.de/i-fabel.htm.

Die Krefelder CDU, welche trotz aller Vorwürfe, Ermittlungen und des aktuellen Gerichtsverfahrens hinter Winfried Fabel steht, hat weder das Vertrauen, noch die Stimmen der Krefelder Wählerinnen und Wähler verdient!

Helios Klinikum Krefeld

DIE LINKE. Krefeld hat die Proteste gegen Privatisierung aktiv unterstützt. Alle damaligen Befürchtungen sind eingetreten:

Nachdem die Stadt Krefeld die Städtischen Kliniken zur gGmbH (gemeinnützige GmbH) umgewandelt hat, wurde von der öffentlichen Hand durch einen gezielten Mangel an Investitionen ein regelrechter Investitionsstau aufgebaut. Dieser sollte nun eine Privatisierung, Lohnverzicht und Arbeitsplatzabbau bei den Beschäftigten rechtfertigen. Präsentiert wurde dann der „Retter Helios“

Was passierte als nächstes?

Als erstes wurde die Mit-

gliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) durch die Helios Geschäftsführung gekündigt und so die Kampfposition der Gewerkschaften um Löhne und Arbeitsbedingungen massiv beschädigt. Dabei wurde die Kommune komplett außen vorgelassen, so dass die Stadt sogar mit gerichtlichen Schritten drohte, aber dann kuschelte man vor dem großen „Retter“.

Seitdem wird Personal überdurchschnittlich entlassen. Patienten werden unzureichend versorgt und gepflegt.

Allerdings nicht, wenn man Privatpatient ist. Dieser Bereich wird im Neubau deutlich größer werden. Mit Privatpatienten ist

eben noch große Kasse zu machen.

Wartezeiten für Kassenpatienten werden immer länger, mittlerweile gehen viele lieber in die umliegenden Krankenhäuser.

Wie weit wollen wir die Privatisierung noch kommen lassen und wie lange lassen wir uns noch die „Klassen-mezizin“ gefallen?

Helfen Sie mit, dass dieser Wahnsinn gestoppt wird. Mit Gesundheit dürfen keine Profite gemacht werden.

Mit dem Verkauf war die Qualität der Krankenversorgung und die Stellung des Klinikums als Maximalversorger dahin - zum Nachteil der Krefelder Patienten und Patientinnen.

Initiative Bildungsstreik

Wegen der katastrophalen Situation im deutschen Bildungswesen gibt es eine bundesweite Initiative Bildungsstreik. DIE LINKE.Krefeld unterstützt den Bildungsstreik. Wir rufen zur Teilnahme an der Demo auf.

**Hauptbahnhof
Krefeld
17. Juni 2009
um 14.00 Uhr
Platz am Hinterausgang**



Die wesentlichen Forderungen der Studierenden sind:

- Abschaffung der Studiengebühren
- Abschaffung von Bachelor und Master in der derzeitigen Form
- Abbau von wirtschaftlichen Zwängen im Bildungsbereich
- Einführung von verfassten Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern
- Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen
- Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich
- Förderung aller Studierenden statt einseitiger Elitenbildung

Die wesentlichen Forderungen der SchülerInnen sind:

- Eine Schule für Alle – Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem
- Kostenlose Bildung für Alle
- Mehr Lehrer/-innen, kleinere Klassen
- Beendigung des Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen
- Gegen Schulzeitverkürzung! Wie dem G8-Abitur!
- Schluss mit Repressionen gegen Schüler und Schülerinnen
- Für eine Demokratisierung des Bildungssystems

www.dielinke-krefeld.de